

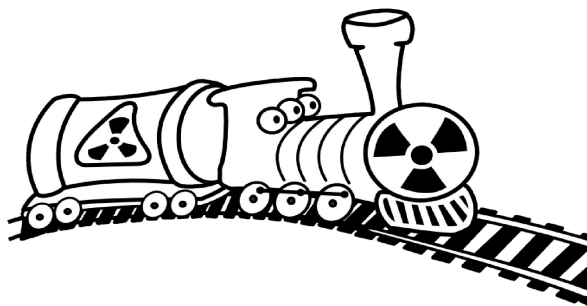


Absender:

An: DB Netz AG  
Maschinenpool  
z.Hd. Frau Heidrun Kuhnke

Elisabeth-Schwarzhaupt-Platz 1  
10115 Berlin

Fax: 069-2655388



Datum

Betreff: Ihr Strafantrag gegen engagierte UmweltschützerInnen

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kuhnke,

hiermit protestiere ich entschieden gegen den repressiven Umgang des Bahn-Konzerns mit Gegnern der – auch von der Bahn geförderten - Atomtechnologie.

Anlass für dieses Schreiben ist der mir bekannt gewordene Fall von KletteraktivistInnen, die im November 2011 gegen die Durchfahrt eines CASTOR-Transportes bei Fulda protestierten.

Wenn ich richtig informiert bin, haben Sie am 05. Dezember 2011 einen Strafantrag gestellt. Angezeigt wurde ein angeblicher Schaden von Farbspritzern an einem TVT (Turmverbrennungstriebwagen). Mit dessen Hilfe sind Umwelt-Aktivisten, die – ohne den regulären Bahnverkehr zu stören – in den Bäumen jenseits der Bahnstrecke für eine lebenswertere Zukunft protestiert hatten, später von einem Sondereinsatzkommando unsanft und grundlos geräumt worden.

**Ich fordere Sie auf, den Strafantrag (Aktenzeichen: 22 Ds – 11 Js 23080/11, Amtsgericht Fulda) gegen die AktivistInnen zurück zu nehmen.**

Statt mit einem Strafantrag die Kriminalisierung von Umweltbewegten zu betreiben, sollten Sie darüber nachdenken, was die Aktionen dieser Menschen zu Tage fördern: Nämlich dass ein CASTOR-Transport, der der Anklage folgend auch Farbe abbekommen haben soll, vor Angriffen nicht geschützt ist. Wenn friedliche AktivistInnen ihn schon mit Farbe treffen können – sofern die Vorwürfe stimmen, was ich nicht beurteilen kann - wie sieht es aus, wenn Menschen mit terroristischen Absichten agieren? Was für ein Katastrophenschutz!

Sie sollten sich bei den Menschen, die auf diese Sicherheitslücken aufmerksam machen, bedanken, statt diese anzuzeigen! Mit Ihrer Beteiligung an den Transporten gefährden Sie das Leben von zahlreichen Menschen. Sie gefährden mein Leben!

Die radioaktive Verseuchung unserer Umwelt ist kriminell – nicht Farbleckse auf einem Castortransport und Ihrem TVT, die die Angreifbarkeit der tödlichen CASTOR-Fracht zeigen!

Nicht nur durch die eifrige Durchführung und Unterstützung der Atommülltransporte, die - nur nebenbei erwähnt - den eigentlichen Bahnbetrieb unterbrechen und behindern, zeichnet sich ein Bild der „Atombahn“. Die Bahn ist der größte Stromverbraucher bundesweit. Ihre Züge fahren – je nach Quelle - zu 20-25% mit Atomstrom. Damit liegt der nukleare Anteil am Bahnstrommix deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Schon beim Bau des Atomkraftwerks Neckarwestheim in den frühen 70er Jahren war die Bahn als sicherer Kunde eine treibende Kraft. Der Reaktor, an dem die Bahn auch beteiligt ist, sollte nach dem Atomkonsens ursprünglich 2008 stillgelegt werden und konnte nur durch eine Sonderregelung am Netz gehalten werden. Dies ist ein Tritt ins Gesicht derer, die denken, mit der Bahn umweltfreundlich zu reisen. Gerade, da sich die Bahn auch in der Öffentlichkeit gerne als grünes Unternehmen gibt, mit der grünen Bahncard wirbt und behauptet, ihren Strom besonders umweltfreundlich zu beziehen.

**Lassen Sie Ihren Worten endlich Taten folgen und stellen Sie auf wirklich ökologische Energiequellen um! Steigen Sie aus aus dem Atomwahnsinn!**

Der von Ihnen unterstützte AREVA-Konzern verseucht die Umwelt in zahlreichen Uranabbaugebieten in aller Welt. Rund 70 Prozent der Welt-Uranreserven liegen auf dem Gebiet indigener Bevölkerungsgruppen. Der Uranabbau zerstört ihre Dörfer, raubt ihre Weide- und Ackerflächen, vergiftet ihr Wasser. Allein die Regierung Nigers hat im Jahr 2008 ausländischen Investoren für ein riesiges Gebiet im Norden des Landes 122 Konzessionen zum Abbau von Uranerz erteilt – über die Köpfe der hier lebenden Tuareg hinweg. Wie in vielen Uranabbaugebieten droht auch ihnen Enteignung und Vertreibung. So wie am 26. Januar 1996 im indischen Chatijkocha: Assiiert von Polizeieinheiten walzten die Bulldozer des Bergbauunternehmens dort ohne Vorwarnung Hütten, Scheunen und Äcker platt, um weiteren Platz für die Uranmine zu schaffen.

Um Uran aus dem Erz herauszulösen, sind große Mengen Wasser nötig. Doch in vielen Uranabbaugebieten ist Wasser Mangelware. Der namibische Wasserversorger NamWater rechnete unlängst vor, dass bei Inbetriebnahme der geplanten Uranminen in Namibia jährlich 54 Millionen Kubikmeter Wasser fehlen werden – elfmal so viel, wie sich im gesamten Omaruru-Omdel-Delta gewinnen lassen. Der enorme Wasserbedarf der Minen und Uranerz-Aufbereitungsanlagen steht in Konkurrenz zum Wasserbedarf von Menschen, Vieh und Landwirtschaft. Es ist menschenfeindlich, Trinkwasser in wasserarmen Regionen für unseren Luxus in großen Mengen zu verbrauchen, während die einheimische Bevölkerung verdurstet.

Bei einem Urangehalt von 0,2 Prozent bleiben von jeder Tonne Uranerz 998 Kilo giftiger Schlamm zurück, der in Senken und künstlichen Seen landet. Diese sogenannten Tailings enthalten noch 85 Prozent der Radioaktivität des Erzes und viele Gifte wie zum Beispiel Arsen. Radioaktive Stoffe aus den Tailings verseuchen Luft und Grundwasser über Jahrtausende, ein Dambruch oder Erdbeben hat katastrophale Folgen. Außerdem machen radioaktive und giftige Stoffe aus Uranerzgruben und ihren Abfallhalden ArbeiterInnen und AnwohnerInnen krank, die Krebsrate steigt. Es ist lebensfeindlich, Mensch und Umwelt mit radioaktiven Giftschlämmen zu bedrohen und aus Profitgründen bewusst Krebs zu verursachen.

Auch hierzulande wird unsere Umwelt durch die Aktivitäten des AREVA-Konzerns radioaktiv verseucht.

Aus der Tagespresse konnte ich im Dezember 2013 entnehmen, dass die AREVA-Socrati von einem französischen Gericht zu 300 000 Euro Geldstrafe und 230 000 Euro Schadenersatz wegen Gewässerverunreinigung verurteilt worden ist. Das rechtskräftige Urteil bezieht sich auf das Ereignis 8. Juli 2008, als ein Leck beim Wasserrückhaltesystem eines Becken vom Socrati-Werk in Tricastin zu der Freisetzung von über 74 Kg Uran in den angrenzenden Bäche und Flüsse führte. Mit der Folge, dass die Bevölkerung kein Trinkwasser mehr hatte und hoch frequentierte Badeorte verseucht wurden.

Die Verseuchung der Umwelt für Millionen Jahre kann durch eine Geldstrafe nicht wieder gut gemacht werden.

Auch stellen Atomtransporte und Atomkraftwerke eine permanente Gefahr dar. Bei Zwischenfälle glänzt AREVA mit Vertuschung. Als Beispiel kann die Entgleisung eines mit hoch radioaktivem Atommüll beladenen Zuges am 21. Januar 2013 in der Nähe von Tricastin genannt werden. Über diese Entgleisung war folgende Meldung zu lesen: „Die Informationen über den am Montag entgleisten Atommüllzug sickern nur langsam durch. Dank der Bemühung von AtomkraftgegnerInnen und der französischen Eisenbahngewerkschaft SUD-Rail werden nun Details bekannt. Seitens der für den Transport verantwortlichen Firma AREVA wurde stets kommuniziert, es habe keine Gefahr bestanden, Uranoxid sei sehr schwach radioaktiv. Nun wurde bekannt, dass der Zug nicht nur mit Uranoxid beladen war: Ein Castorbehälter mit hoch strahlendem Müll war Teil des Konvois.“

Das macht mich fassungslos. Die Radioaktivität macht an der Grenze keinen Halt.

**Ich fordere Sie auf, den Strafantrag (Aktenzeichen: 22 Ds – 11 Js 23080/11, Amtsgericht Fulda) gegen die AktivistInnen zurück zu nehmen und die Kriminalisierung zu unterlassen!**

Mit atomkraftfeindlichen Grüßen

